

Korrespondenzen.

Düsseldorf. Die am Sonntag dem 14. d. M. abgehaltene Bezirksversammlung in Krefeld war besucht von Mitgliedern aus Krefeld, Rheind., Herdingen und Düsseldorf. Der Bezirksvorsitzende erstattete Bericht über die Vereinsverhältnisse im Bezirk, insbesondere über diejenigen Düsseldorfs, hervorhebend, daß die große Mehrzahl der Düsseldorfer Kollegen nicht für den Verband zu haben sei, da dieselben glauben lebenslängliche gute Konditionen zu haben und deshalb weiter keine Versicherung für nötig erachteten, als die in der Düsseldorfer Buchdruckerkrankenkasse. Doch hoffe er, daß wir bald einigen Erfolg zu verzeichnen hätten, da sich allmählich wieder ein kollegialischer Verkehr zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern anbahne. Die Lehrlingsverhältnisse seien im allgemeinen günstig. Der Vertrauensmann von Krefeld teilt von letztem Orte mit, daß ein sehr reges Vereinsleben herrsche und die Parole für sämtliche Mitglieder heiße „Zeit und treu dem Verband“. Ein Kollege aus Rheind. hofft, daß man nächsten an die Gründung eines Ortsvereins Rheindt-Glabbech herantreten könne. — Dem Berichte des Kassierers pro I. Quartal 1895 ist folgendes zu entnehmen: Einnahme 1699,10 Mk., Ausgabe 587,72 Mk., so daß an den Kassierer 1111,38 Mk. eingezahlt werden konnten. Bewegungss-Tarif: Ende 4. Quartal 1894 116 Mitglieder, neu eingetreten 10, wieder eingetreten 2, zugereist 15, Summa 143 Mitglieder, abgerufen 16, ausgehoben 3, gestorben 2, verblieben am Schlusse des I. Quartals 1895 122 Mitglieder, welche sich auf fünf Rudorte verteilen. — Sodann erfolgte eine eingehende Besprechung der Anträge zum Gantag und zur Generalversammlung und wurde besonders gewünscht, daß eine Verfüzung der Karezzeit für Konditionslose am Orte sowie eine Erhöhung der Unterstützung stattfinden. Sollte dieses nicht möglich sein, so möge der Gantag über eine Gauzusufußkaffe beraten. Mit einem Hoch auf den Verband und dem Wunsche, daß derselbe auch hier im Rheinland allmählich siegen möge, schloß Vorsitzender die anregende Versammlung.

Duisburg. 24. Mai. Unsere Bezirksversammlung in Weidrich hatte, wie die Vorlage in Wilhelm a. d. R., eine ungemein zahlreiche Beteiligung aus allen Orten des Bezirkes aufzuweisen. Nach geschäftlichen Mitteilungen verlas der Kassierer den Bericht für das I. Quartal 1895. Die Einnahmen beliefen sich auf 1807,80 Mk., die Ausgaben betragen 359,88 Mk. Die Debatte über die Tagesordnung des Gantages war eingehend und führte namentlich bei dem Punkte: Gründung einer Gau-Zusufußkaffe für konditionslose Mitglieder, zu einem sehr regen Meinungsaustausche. Von mehreren Seiten sprach man sich lebhaft gegen eine Gau-Zusufußkaffe aus, betonend, daß eine notwendige Erhöhung der Unterstützungssätze seitens der allgemeinen Kasse zu leisten sei und nicht durch eine Gau-Zusufußkaffe, in welche die Mitglieder wohl steuern müßten, aber vielfach ihre Rechte nicht geltend machen könnten. Man sage zwar, die Gantassen sollen Gegenseitigkeitsverträge abschließen, damit diejenigen, welche von einem Gau in den andern übertreten, in ihren Rechten nicht geschmälert werden. Ja, warum denn erst diesen großartigen Apparat in Szene setzen, warum will man denn noch Gau-Zusufußkassen gründen, Gegenseitigkeitsverträge abschließen und dergl. mehr? Warum dann nicht einfach die Unterstützungssätze im Verband erhöht und den Beitrag, wenn nötig, dementsprechend höher normiert (denn ohne Beitragserhöhung geht's ja auch in den Gauen nicht ab); dann hat aber auch jedes Mitglied, wo immer es konditionieren mag, für die Pflichten seine wohlverworbenen Rechte. Nach dem letzten Streit habe man so viel von der Zentralisation der Kassen gesprochen und trotzdem mache sich vielfach das Bestreben geltend, neue Kassen zu gründen. — Aus den Verhandlungen ist noch erwähnenswert, daß die Delegierten beauftragt wurden, für den Antrag Dortmund betr. obligatorische Einführung des Corr. zu stimmen. — Ort der nächsten Bezirksversammlung Duisburg.

Kassel. In dem kürzlich zur Ausgabe gelangten 1894er Berichte des Gaus Frankfurt-Hessen ist die Druckerstatistik vom 15. Oktober v. J. abgedruckt und es hat sich bei dem Kasseler Bezirk ein Fehler betr. die Drucker Max Höjler eingeschlichen. Es heißt darin: 2 Gehilfen zum Minimum, 1 unter Minimum. Es muß heißen: über Minimum 2, zum Minimum 1 Gehilfe.

Leipzig. Am 17. d. M. fand in der Flora eine gutbesuchte Versammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergesellen statt. Zu Punkt 1, Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes, teilte der Vorsitzende, Kollege Nibel, mit, daß der Vorstand, wie bisher, so auch in diesem Jahr eine Lehrlingsstatistik aufnimmt, um zu wissen wie viel Lehrlinge angelernt haben und wieder eingestellt worden sind; es wurden daher die Kollegen ersucht, das Material, so weit es noch nicht gegeben, baldigst in die Hände des Vorstandes gelangen zu lassen. Außerdem wurde den Kollegen aufgegeben, Material betreffs der Lohnbedingungen und sonstiger Wünsche in den Druckerzeilen dem Vorstande zu unterbreiten, damit letzter Mittel und Wege ergreife, um unsere schlechten Lohnverhältnisse nicht noch tiefer sinken zu lassen, sondern durch moralischen Druck es zu einer bessern Bezahlung unserer Mitglieder zu bringen. Weiter wurde aufmerksam gemacht, daß es tariflich nicht statthaft sei, für den etwa zu feiernden dritten Pfingstfesttag vorüber nachzuarbeiten. Für das Lesezimmer, teilte der Vorsitzende weiter mit, seien mehrere leitende Zeitungen verschiedener Parteirichtung angeschafft worden, wodurch

sich schon allein ein bester Besuch löhne. Die Entgegnung aus der freisinnigen Zeitung auf die ersten Ausführungen des Korrespondenten kontra Richter im Reichstage (beim zweiten Artikel Rundschau Nr. 58 hat Herr Richter die Sprache verloren, Red.) wurde von der Versammlung mit Heiterkeit aufgenommen. — Zu Punkt 2, Vortrag über „Recht und Gerechtigkeit“, erhielt Herr Redakteur S. Kagenstein das Wort, welcher es vortrefflich verstand, in 1/2 stündiger Rede die Kollegen zu fesseln. Er führte u. a. aus, daß das Recht von allerher die jeweilige äußere Ordnung des gesellschaftlichen Lebens dargestellt habe, daß es die Macht repräsentiere, welche die Gesellschaft beherrscht, also der Ausdruck der Gewalt sei, wie dies zur Erbden aus dem Schicksale Hannovers, Irlands und Polens hervorgehe. Um das konkrete Wesen des Rechtes zu finden, müsse zurückgegriffen werden bis in die alten kommunikativen Gemeinwesen, wo das Gemeinschaftsleben bestimmt wurde durch die Gesamtheit. Mit dem Entstehen der Sklavenwirtschaft und des Privateigentums habe sich dann nach und nach das Schuldverhältnis und das Privatrecht entwickelt. So habe der Römer z. B. das Recht gehabt, seinen Schuldner, war dieser nicht im Stande seine Schuld abzutragen, vierteilen oder in Stücke zerschneiden zu lassen. Dem Sklaven, der in Dellsa sowohl wie in Rom gleich dem Sklavieren nur als Sache betrachtet wurde und der größten Willkür preisgegeben war, stand ein Recht überhaupt nicht zur Verfügung, er war Privateigentum seines Herrn, der ihn, wie in Rom, auf seinen Latifundien und im Meere verwendete oder, wie in Dellsa, zur Verrichtung der niedrigsten häuslichen Arbeiten hielt. Redner kam hierauf auf das Germanentum, auf die Freien und Knechte, die Hörigkeit und Leibeigenschaft zu sprechen, schilderte mit beredeten Worten die rechtlichen Zustände unter der Botmäßigkeit des Adels und der Kirche, gab in kurzen Zügen ein Bild von der Chartisten- und Arbeiterbewegung Englands, ging dann auf die Arbeiterschutzgesetzgebung und das Verfallungsrecht ein und zeigte an der Hand zahlreicher Beispiele, daß das jeweilig bestehende Recht nie der Gerechtigkeit entprochen habe. Pflicht des arbeitenden Volkes sei es daher nicht allein, Widerstand zu leisten gegen das ihm in schöner Weise aufgedrungen abgelebte Recht, sondern in der Verhätigung dessen seine moralische Kraft zu erheben und unaufhörlich dahin zu streben, daß der wahre Zweck des Rechtes, der Friede, die Gleichheit und Gerechtigkeit Verwirklichung finde. Reicher Beifall wurde dem Referenten für den ausgezeichneten Vortrag gependet. — Zu Punkt 3 der Tagesordnung schlug der Vorstand vor, das Johannisfest am 29. Juni im Felsenkeller zu Plagwitz abzuhalten, demgemäß wurde unter Ablehnung eines Gegenantrages beschlossen. Eintrittsbedingungen für Mitglieder 50 Pf., für Extradanten 25 Pf., für Gäste 1 Mk. — Im Fragestunde lag folgende Frage: Wie kommt es, daß diejenigen Mitglieder noch nicht in einer der letzten Versammlungen genannt worden sind, welche noch der Prinzipalkasse angehören? Ueber diese Frage entspann sich eine lebhafte Debatte, an der die Kollegen Nibel, Eichler, Schulz, Brauns, Gajd, Frommelt, Schmitz, Kreschmar und Wolf teilnahmen. Es wurde u. a. ausgeführt, daß es an jedem Kollegen liege, in sich zu geben und das Joch von sich abzuwälzen, die Gesamtheit liege hinter jedem einzelnen. Es sei moralische Pflicht eines jeden Mitgliedes, der Prinzipalkasse fernzubleiben. Einen Beschluß hierin würden aber nur unsere Prinzipale freudig begrüßen.

Wetz. Der angehende Buchdrucker Joh. Braß, geb. 22. Mai 1869 in Petersburg, gab sich hier als genehigtes Mitglied der Londoner Sezegesellschaft aus, um Ratium zu erlangen, und will sich von London (!) aus politischen Gründen unter Zurücklassung seines Buches geflüchtet haben. Seine Lebensgeschichte erzählte er hier in englischer Sprache und stellte sich als verständiger Arbeiter deutsch noch französisch. In der Herberge hatten aber dann abends Kollegen Gelegenheit zuzuhören, wie der Anglo-Russe sehr gut deutsch konnte. W., der wahrscheinlich verschiedene Legitimationspapiere führt, ist von mittlerer Figur und hat orientalisches Aussehen. Man prüfe ihn wo er erscheint recht scharf.

Deffau. In der widerlichen Streitaffaire Schulze-Lange gibt in einer Zuschrift an den Corr. Herr M. Lange auf den Vorwurf brutaler Mißhandlung der Frau Sch. zu, daß er diese, nachdem sie ihn herausgefordert, geohrfeigt hat. Alles andere sei unmaß. Delo der Messer-affaire sei Herr Schulze. Dieser sei Lange mit einem solchen zu Leibe gerückt, es befinde sich gegenwärtig bei der Staatsanwaltschaft und der Termin werde nächstens den Gehang des Rencontres klarstellen. — Mit dieser Erwiderung schließen wir den Jan. Wäre die Angelegenheit nicht mit dem ausdrücklichen Wunsch um Aufnahme in einem Versammlungsberichte zum Vortrage gelangt, sie hätte nie die Spalten des Corr. behelligt. Aber da, wie wir wußten, das Personal des Deffauer Volksblattes kontra Schulze, der über dasselbe den freiwilligen Aufseher und Angeber macht, mit interessiert ist, mochten wir die Veröffentlichung nicht zurückhalten. Möge Herr Sch. künftig den Prinzipal selbständig den Fleiß seiner Arbeiter beurteilen lassen und sich um seine Pflichten kümmern.

Rundschau.

Buchdruckerei und Verlagswesen.

Die Rechenschaftsberichte des Verbandes werden im Augenblick in die Gawe verandt und in Kürze in den Händen aller Mitglieder sein. Wir weisen hier noch

mal ganz besonders auf den drei Jahre umfassenden Geschäftsbericht des Vorstandes hin, der eine überflüssig klare Mühsucht darbietet auf sämtliche hauptsächlichsten Vorgänge in dieser Periode, wo unsre herrliche Organisation die wärfste Ansehung triumphierend überstand. Auch den Nichtmitgliedern werde das bedeutame Druckset zu lehrreichem Einblicke von den organisierten Nebenkollegen gefälligst überlassen.

Der Jahresbericht des Gaus Erzgebirge-Vogtland für 1894 besteht in der Hauptsache, abgesehen von einem kurzen Berichte des Gauvorstandes, aus 22 Berichten von Vertrauensmännern. Es ist denselben das Zeugnis auszufallen, daß sie es verstanden haben, ein umfassendes Bild der Verhältnisse in den betreffenden Orten zu geben, ohne zu viel Raum dafür in Anspruch zu nehmen. Daß dieses Bild mehr Schatten- als Lichtseiten enthält, das ist nicht Schuld der Verfasser, immerhin geht aus dem Ganzen hervor, daß es hinsichtlich der Anerkennung unserer Bestrebungen vorwärts geht. In die Verbandskasse lieferte der Gau im Berichtsjahr 8065,44 Mk. ab und bezog aus der B. J. K. in Bg. 471,83 Mk. Die Gantasse zahlte für 1631 Tage à 50 Pf. Zusatz zur Arbeitslosen-Unterstützung = 815,50 Mk., ferner 113 Mk. Steuern für Arbeitslose. Die sonstigen Ausgaben zerfallen in Kosten des Gantages 250,50, Remunerationen 333,69, Drucksachen 163,75, Agitation 101,49 usw., in Summa 2027,20 Mk. Bestand der Gantasse am Jahreschlusse 2574,61 Mk. Die Mitgliederzahl stieg im Laufe des Jahres von 271 auf 310; Zugang 239, Abgang 200. Arbeitslos waren die Mitglieder 5161, krank 2176 Tage. Angehängt ist dem Berichte die am 15. Oktober aufgenommene Statistik, die 99 Orte aufzählt, wodurch die in den Berichten der Vertrauensmänner fehlenden Orte wenigstens einigermaßen aus ihrem Dunkel hervorgezogen wurden.

Der oft besprochene Antrag Gröber u. Gen. ist mit dem Schlusse der Reichstagsession auf Zeit wieder begraben worden, um in der nächsten Session abermals Aufsehung zu feiern. Die von seiner Annahme durch die gesetzgebenden Körperschaften zu befürchtende Depression auf den Kuponmarkt sollte die Interessenten veranlassen, die Abwehr unaufhörlich fortzusetzen. Man lese unten die Wirkungen einer analogen Maßregel in Rußland und hat einen Vorgeschmack von den drohenden Verlusten für das deutsche graphische Gewerbe durch die ultramontane Heilmethode der Sitten mit Polizeikontrolle. Und das Jüngling der Wage im Reichstage schwankt um ein Haar. Vorläufig ist glücklicherweise das Damoklesschwert auf mindestens Jahresfrist abgehängt.

Den Adressbüchern scheint überall Konkurrenz entstehen zu sollen. Auch in Breslau hatte sich das Gerücht verbreitet, ein neues Adressbuch würde und zwar von der dortigen Privat-Stadtpost herausgegeben. Vorläufig scheint der Verleger des alten, Anfang Januar erscheinenden Adressbuches die ihm drohende Konkurrenz durch schleunige Herausgabe eines Nachtrages abgemindert zu haben. Wenn der Prinzipalverein, wie beabsichtigt, in seiner demnächstigen Generalversammlung beschließen haben wird, daß die Lieferung von Material und Maschinen „an Konkurrenzunternehmen, die gegen einzelne Buchdruckfirmen gerichtet sind“, nicht mehr statthaft ist, dann erst haben die Adressbuch- und andere Drucker Ruhe und das liebe Publikum muß nehmen was man ihm bietet und zahlen was verlangt wird. Der Gehalte von einem derartigen Zukunftsstaate ist so verwünscht geschick, daß man veracht wäre, ihn herzlich dumm zu nennen.

„Der Leipziger Arbeitsnachweis funktioniert zur Zufriedenheit aller Beteiligten“ — sagt die Zeitschrift und verlinket, daß im Jahr 1894 sich 1566 Gehilfen, darunter 203 von auswärts, angemeldet und 1067 untergebracht worden sind, davon 174 von auswärts. Da die „Unterbrachten“ zum größten Teile — die von auswärts angemeldeten Kollegen vielleicht ausgenommen — wohl nur auf Wochen oder Tage Beschäftigung erhielten und rund 500 überhaupt leer ausgingen, so kann von einer Zufriedenheit wohl nur bei den Verwaltern des Arbeitsnachweises die Rede sein, die ihren Auftraggebern gegenüber mit den bloßen Fingern parabolieren und dadurch ihre angebliche „Unentbehrlichkeit“ zu dokumentieren in der Lage waren. Daß vorzugsweise die von auswärts engagierten Kollegen hinsichtlich ihrer treuen Heeresfolge eine Art Sicherheit bieten müssen, also bestimmt sind, die Reihen der organisierten Gehilfen zu durchbrechen, das ist selbstverständlich und ebenso selbstverständlich, daß die „Unterbrachten“ sich auch betrefss der Bezahlung dem Nachgebot ihrer „Vrotgeber“ zu fügen haben. So z. B. stellte der frühere Verbandler Herr Jul. Wäfer, jetzt wohlbestallter zweiter Innungsvorsitzender, einen bei ihm angelernten Maschinenmeister mit 24,50 Mk. Lohn ein, bejammerte sich aber bald darauf, daß er nach dem Prinzipalstärker ja nur 18 Mk. zu zahlen brauche und machte denn auch von dieser selbstgeschaffenen Bergünstigung sofort Gebrauch. Da dies dem betr. Kollegen zu — dumm war, reichte dieser seine Kündigung ein und mußte nun in der Zeitschrift lesen, daß es an tüchtigen (und billigen!) Maschinenmeistern mangle.

Einen wunderlichen Heiligen, seines Zeichens Faktor in Annaberg, lernt man in der Zuschrift an ein Fachblatt kennen, wo er folgenden Seufzer über die „Partei-zänkere“ ausstößt: „Bei dem Geiste der heutigen Zeit scheint der Geschmack an tüchtiger, technischer Weiterbildung verdrängt zu sein durch sogenannte „Fachblätter“, welche den Standesgenossen eine dem Geschmacke der von sozialen Kämpfen durchtosten Zeit angepaßte Kost bieten. Von den

älteren, zielbewußten Sozialpolitikern werden sie geleitet, von den jüngeren werden sie gehalten, weil man ihnen gesagt hat, es sei 'Ehrensache' sie zu unterstützen. Die Forderungsbildung wird dabei ganz vergessen und man ist oft nicht genug zu glauben, daß die Zeit diese ganz von selbst mit sich bringe. Hier hätten die verbundenen Regierungen ein Feld, heilfam einzugreifen durch Subventionierung von Fachblättern, welche neben der Pflege des Technischen auch eine gesunde sozialpolitische Leitlinie bieten und infolge der Subventionierung den unteren Volksschichten gratis zugänglich gemacht werden könnten." Fachblatt-Reprintfonds — nicht übel; existiert bereits privat, das Pulver — weniger rauch- als geschmacklos — ist also auch schon erfunden, werter Herr!

In der im Corr. schon öfter unliebsam erwähnten Buch- und Steindruckerei von F. Schmidt in Warkneufkirchen wurden nach der Graph. Pr. in den letzten acht Wochen sieben Buchdruckmaschinenmeister, drei Steindrucker, zwei Setzer, zwei Fader und ein Zeiger, 11 ausgemessen (das ist des Prinzipals Lieblingsausdruck). Wer also seinen Hals riskieren will...

Der Verein der Lithographen und Steindrucker zählte am 1. Oktober 1894 in 89 Orten 4069 Mitglieder. Im letzten Quartale sind eingetretene 244 und zugereist 243, dagegen ausgetretene beim Austritt 449 und abgereist 249, so daß am Jahresabschluss in 90 Orten 3049 Mitglieder oder 211 Mitglieder = 5,2 Prozent weniger verblieben.

Lange hat keine politische Angelegenheit die Geister derartig tief erregt und auseinander plagen lassen als das so häufig geäußerte Unterfangen einer Umsturz-geseßgebung. Im Proletariat anhebend, setzte der Sturm des Widerstandes allerdings aus sehr verschiedenen Beweggründen allmählig über weite Kreise der Bevölkerung und erfaßte als kräftige Windsbraut schließlich selbst den Pöbelmüßiggänger, der anfangs, als unter dem günstigen Winde der Empörung über den Caserischen Nord die Zeitungen ihn dazu anstachelten, am lautesten nach Anarchistengesetzen geschrien. Eine Welle von Broschüren, Eintagsfliegen und Proteste hagelten nur so. 22000 abwesende Petitionen liefen beim Reichstag ein (nur wenige fehlte!). Bäche von Tinte sind in den Zeitungen für und gegen die Vorlage geflossen. Auf Jahre hinaus denkwürdig bleiben wird diese Episode der Umsturzschmach. Ingenieur dabei der Gedanke der Buchhandlung des Vorwärts, durch ein Druckerzeugnis, worin das ganze Weh und Waj dieses Verfalls der Erniedrigung des deutschen Geistes gleichmäßig festgehalten ist, zur Abschreckung der Nachwelt die Verzerrung deutscher Geseßgebung fruchtloslich festzuhalten. Unter dem Titel „Umsturz und Sozialdemokratie“ gab sie den stenographischen Bericht der Reichstagsverhandlungen über die Umsturzvorlage in einem Bande von 464 Seiten Großformat, gebunden für 80 Pf. (20 Pf. Porto extra) heraus. Wie unberechenbar viel wird dieses eigentümliche Buch zur Klärung im Volke beitragen!

Eine neue Art großen Unfuges hat der Redakteur des Voten aus dem Niesengebiete begangen. Das Blatt schilderte das tragische Geschick eines Verstorbenen, der, aus angelehener Familie stammend, im Leben Schiffbruch gelitten und schließlich als Trunkenbold geendet hatte. Das Schöffengericht konnte sich mit diesem großen Unfuge nicht befassen, es erkannte auf Freisprechung, aber die Strafkammer in Hirschberg debuzierte, daß durch den Artikel das Pietätgefühl des Publikums gegenüber Verstorbenen verletzt sei, das Publikum müsse gegen eine solche Verletzung seiner Gefühle und Anschauungen geschützt werden. Urteil: 100 Mk. Geldstrafe.

Vor dem unlängst in Petersburg abgehaltenen Buchdruckerkongresse referierte der Moskauer Verleger Sijchin über die Beschränkung des Buchhandels in Rußland. Die Verbreitung von Büchern unter dem Volke gehe jetzt schlechter als vor fünfzehn Jahren, wo die durch ganz Rußland ziehenden Kaufleute auch Bücher und Bilder ungehindert verkaufen konnten. Seitdem aber für das Hausieren mit Büchern sowie für die Eröffnung von Buchhandlungen eine besondere Erlaubnis nötig geworden, die zu erhalten mit vielen Schwierigkeiten verbunden sei, habe sich die Zahl der Kolportiere und der kleinen Buchhandlungen bedenklich vermindert. Das Verbot, Bücher neben anderen Waren zu verkaufen, wirkte gleichfalls schädlich; in den kleinen Städten könnten Geschäfte, die sich ausschließlich mit dem Verkauf von Büchern beschäftigen, gar nicht existieren; die Folge davon sei, daß die Bevölkerung in der Provinz die Bücher nur unter Schwierigkeiten kaufen könne, schließlich auch kein Bedürfnis mehr fühle, solche zu erwerben. Der Vortragende wies auf eine Reihe von selbst größeren Städten wie Tula, Syzran usw. hin, wo in den letzten fünfzehn Jahren der Bücherabatz um mehr als die Hälfte gesunken sei. Der Warschauer Kongress-Delegierte bestätigte diese Ausführungen vollständig. Der Kongress sprach sich daher dafür aus, daß der Handel mit Büchern ebenso freigegeben sei, wie mit jeder anderen Ware, um so mehr, als schon die Zensur dafür sorgte, daß keine Schriften irgendwie staats- oder kirchenfeindlichen Inhalts gedruckt werden dürfen. — Ähnlich wie Sijchin klagten vor 1848 deutsche Verleger über die Fesseln der Literatur, und Brockhaus ließ aus diesen Gefühlen heraus die Preßfreiheit hochleben bei der vierten Centenarfeier der Buchdruckerkunst in Leipzig. Heute verdupelt das liberale Bürgertum den Anßatz von Freiheiten aus der Furcht vor dem arbeitenden Volke.

Die Herausgeber der Hobokener Abendpost sperrten sämtliche Seher, Mitglieder der New Yorker Typographia, aus und stellten Nichtorganisierte ein. Zweck der Aussperrung ist die Herabsetzung der Löhne. Der Boykott wird sie Moores leben.

Berliner. Klassen usw.

Die Konzentration der Industriebetriebe als bedeutendster Hemmschuh gewerkschaftlicher Organisierung hat schon auf den Parteitag eingewirkt und wird neuerdings wieder in der gewerkschaftlichen Presse ventiliert. Der Einfluß der in großen Betrieben herrschenden „Disziplin“ sowie der der besten Bezahlung der in solchen Unternehmungen beschäftigten Aufseher, Vorarbeiter, Kolonnenführer auf den Charakter des Arbeiters ist zwar keineswegs zu verkennen, aber daß der Egoismus sich bei all diesen Menschen so einseitig entwickeln sollte, um von dem bedingungslosen Unterwerfen unter die Anordnungen eines Fabrikpachtes und von dem Lieblingen nach Advancement eine Besserung ihrer Lage zu erwarten, das wäre denn doch ein zu trauriges Zeugnis gegen die sonstigen Loblieder auf das Proletariat. Exemplifiziert man nun gar auf Großbetriebe wie Krupp, der — wie wir gern zugeben — eine ganze Reihe „Antreiber“ hat, so glauben wir nicht, daß diesen zehntausend Arbeiter zuteilwärt in dem Drängen nach etwa freiverwendenden bevorzugten Stellen aufgehen; dies Glück ist denn doch zu unsicher. Wir sind vielmehr der Meinung, daß diese Großbetriebe für organisatorische Zwecke gerade vorteilhaft sind, hier können die zu Hunderten, ja Tausenden zusammengedrängten Arbeiter sich weit erfolgreicher verständigen und agitieren als in kleinen Werksstätten. Trotz der so bedeutenden Großindustrie Englands und Amerikas — wir erinnern nur an den Fallaktivaentföngig Pullmann und den Eisenindustriellen Carnegie, an die englische Textilindustrie allergrößten Maßstabes — hat die gewerkschaftliche Bewegung und Organisation in diesen Ländern ungleich großartigere Dimensionen angenommen als hierzulande. Auch wissen die meisten Arbeiter heute schon recht gut, wie wankelmütig und vergänglich Herrgung ist und daß darauf keine Existenz gegründet werden kann. Die etwaige nachteilige Einwirkung der Unternehmer auf die Arbeiter steht weit zurück hinter dem Einflusse, den Arbeitsgenossen untereinander haben, oder besser: haben könnten. Aber die Gleichgültigkeit spielt bei den Arbeitern eine große Rolle, von der sich oft selbst organisierte nicht frei machen. Wenn wir daher erwähnte Gründe gelten lassen wollten, gäben wir den indifferenten Arbeitern nur eine Ausrede mehr, in ihrer Faulheit zu verharren. Fort mit allen Entschuldigungen! Je mehr sich die Unternehmer vereinigen, desto fröhlicher ist für uns der Dimwels, ein gleiches zu thun. Alle Nichtständigen müssen tüchtig geschüttelt werden, dann dürfte es gelingen, die Arbeiter auf gewerkschaftlichem Gebiete vorwärts zu bringen. — Ferner soll auch die Arbeitslosigkeit den Gewerkschaften hinderlich sein. Hier machen wir den letzteren den Vorwurf, nicht rechtzeitig Vorsorge getroffen zu haben, diese voraussichtliche Erschneidung uners Wirtschaftslbens zu paralytisieren. Hielten die Gewerkschaften ihre Arbeitslosen halbwegs über Wasser, so kämen bald stabilere Verhältnisse in die Mitgliederzahl und die gewerkschaftlichen Organisationen wüßten an. Wollen die Arbeiter ihre Beiträge nicht mehr pro nihilo zahlen, verlangen sie etwas dafür, und zieht auch das vielgebrauchte Schlagwort vom Klassenkampf und der Versimpelung der „Unterstützungsvereine“ nicht mehr, dann müssen eben andere Saiten aufgespannt werden. „Der Mensch ist was er isst“; sorge man unausgeseht für solche gettliche Nahrung, welche den Genossen für Arbeiterfragen geeigneter machen, dann stehen dem Emporbühen der Gewerkschaften bei genügendem Ausbau mit entsprechenden Unterstützungsstellen unter strenger Wahrung des gewerkschaftlichen Prinzips weder Konzentration des Kapitals noch Arbeitslosigkeit im Wege.

Berboten wurde in Leipzig eine Versammlung, weil der hierzu bestimmten Referentin zwei Tage vorher in einer anderen Versammlung von überwachenden Beamten das Wort entzogen worden und anzunehmen sei, daß sie sich in der angemeldeten Versammlung in ähnlicher Weise äußern könne. In Reichenbach gab es ein Strafmandat, auf 15 Mk. lautend, wegen eines Spazierganges am 1. Mai, der als ein öffentlicher Umzug ohne polizeilichen Segen betrachtet wurde. In Harburg wurde ein Vergehen gegen das Vereinsgesetz darin gefunden, daß eine Weihnachtsbescherung für die Kinder der Arbeitslosen nicht polizeilich angemeldet war; das Schöffengericht hielt dies aber nicht für nötig und entließ die Angeklagten ohne Denksatz. In Breslau hielt der Arbeiter-Sängerbund eine Generalversammlung ab, die bei der Polizei nicht angemeldet war; dieselbe wurde aufgelöst und der Einberufer mit 40 Mk. Strafe belegt. In Landeck und Kaisersdorf in Schlesien nahm die Polizei Anstoß an der Erhebung eines Eintrittsgeldes von 10 Pf. und erließ an den Einberufer zwei Strafmandate in Höhe von 3 und 5 Mk. Das Schöffengericht setzte die Strafe auf 2 x 3 = 6 Mk. herunter. Dagegen befand auf erhobene Beschwerde die Regierungsbehörde in Breslau, daß das Erheben eines festen Eintrittsgeldes nicht als Kollekte angesehen werden könne und die Strafkammer, die der Angeklagte gegen das Urteil des Schöffengerichtes anrufen hatte, sprach ihn nun zwar frei, verweigerte aber, gestützt auf das oben gesperrte gedruckte Wort „festen“, die Rückerstattung der baren Auslagen, da der Nachweis nicht gelungen sei, ob einzelne Besucher nicht mehr oder weniger als 10 Pf. oder gar nichts gezahlt hätten.

In der Textilindustrie Deutschlands sind in 8067 Fabriken 328416 Arbeiterinnen gezählt. Die Organisation der Textilarbeiter, die in einigen Landbestellen, wie Böhmen, Pommern, Posen, im Regierungsbezirk Münster, im Niederrhein und Jagstkreis, Großherzogtum Hessen u. a. vollständig fehlt, beschränkt sich auf einen Kreis von 7433 Fabriken mit 305175 Arbeiterinnen, in dem 11841 Arbeiter und 1008 Arbeiterinnen derselben angehören.

Im Briefkasten einer Nummer des April hat bereits der Corr. die „Gründung“ eines Vereins deutscher Kunstgewerbegehilfen aller Branchen „zur Wahrung und Verbesserung der Interessen“, die von zwei in Stuttgart wohnenden, den Arbeitern aber vollständig unbekanntem Personen versucht wird, zurückgewiesen. Wer für 2 Mk. Eintrittsgeld und 10 Mk. Jahresbeitrag die Mitgliedschaft gewinnt, soll, wenn 3000 zusammen sind, ein Organ — keineswegs aber ein „Org.“ und Parteiblatt — erhalten, das die Herren Entrepreneurere dann fabrizieren. Bei Zuwachs über 5000 Gutgläubige erhalten die Mitglieder „event.“ Unterstützung in Notfällen sowie Prämien zu Preiswettbewerben. Den Prinzipalen wird keine Opposition gemacht! Es bedarf keiner weiteren Erwähnung, daß die „Kunstgewerbegehilfen“ als Terrain für eine ordinäre Privatpekulation herausgefunden sind.

Arbeiterbewegung.

Dem Referenten einer Versammlung in Brechten bei Dortmund waren sechs Wochen Gefängnis zugesprochen. Er sollte sich gegen § 131 des Str.-G.-B. (Schmäderung von Staatseinrichtungen) vergangen haben. Die Anklage erfolgte auf die Anzeige von zwei Gendarmen hin, von denen der eine nicht bestimmt behaupten konnte, ob die fragliche Anzeigung genau so wie angegeben gefallen sei, und der andre sich auf die Angaben seines Kollegen stützte. Da die Entlastungszeugen übereinstimmend behaupteten, daß der Angeklagte die ihm zugeschobenen Anzeigungen nicht getan, so erkannte der Gerichtshof auf Freisprechung und dem Staatsanwalt verblieb nur das Bedauern, daß nicht zu möglichst allen Versammlungen Stenographen oder stenographisch geschulte Beamte zugezogen würden. Wir sollten meinen, daß infolge einer unbedachten Anzeigung der Staat noch nicht zu Grunde geht.

Die Agitation der Bauarbeiter in Dresden ist nicht ohne Erfolg: 68 Bauten und Plätze haben die zehntägige Arbeitszeit bei 40 Pf. Lohn eingeführt. Es arbeiten zehn Stunden: 1257 Maurer, 578 Zimmerer, 566 Arbeiter; noch elf Stunden: 1437 Maurer, 689 Zimmerer, 738 Arbeiter. Letztere sind angehalten worden, ebenfalls energisch für die Forderung einzutreten.

Der Streik der Federmeißel-Ausmacher in Solingen hat nach zehnwöchentlicher Dauer sein Ende erreicht. Die Verhandlungen fanden zwischen Fabrikanten- und Ausmacherverein, die je vier Mann und unter dem Vorsitz des Landrates wie unter Teilnahme der Vorsitzenden des Gewerbegerichtes, des Meißel-, Säbren- und Schmertschleifervereines statt. Aufgenommen wurde die Arbeit unter den bisherigen Bedingungen, jedoch soll innerhalb vierzehn Tagen ein neuer Lohnvertrag in kraft treten, mit dessen Ausarbeitung eine Kommission von je acht Fabrikanten und Arbeitern in Thätigkeit ist. Man hat bereits ausgerechnet, daß die Kosten des Streiks sich auf 300000 Mk. belaufen, wovon 100000 auf den Arbeitslohn entfallen. Den neuen Tarif hätten die Fabrikanten bei etwas mehr Nachgiebigkeit billiger haben können und die Arbeiter hätten die Mühseligkeiten des Streiks und Geld gepart. Aber die friedliche Beilegung von Differenzen ist aus dem Programme der Unternehmer gestrichen.

In Kottbus stellten die Weber der großen Sommerfeldschen Tuchfabrik die Arbeit ein. Infolgedessen haben sämtliche Tuchfabrikanten daselbst ihren Arbeitern gekündigt. In Leipzig stellten auf verschiedenen Bauten die Maurer die Arbeit ein wegen Nichtbewilligung des Mindest-Stundenlohnes von 45 Pf. In Hensburg streikt ein Teil der Maurer.

Eine von 75 Delegierten aus den böhmischen Braunkohlen- und mährisch-schlesischen Steinkohlenrevieren besetzte Bergarbeiterversammlung in Pilsen beschloß, den Unternehmern, welche zur Zeit Borräte im Ueberflusse haben, nicht den Gefallen zu thun, um des Achtstundentages willen jetzt zu streiken, vielmehr bis auf weiteres kräftig am Ausbau der Organisation zu arbeiten, um dann mit größerer Siegesgewißheit die Forderung stellen zu können. Wahrscheinlich provozieren nun die Unternehmer.

In Melegnano bei Mailand stellten 600 Arbeiter einer Seidenpinnerei die Arbeit ein, kürzere Arbeitszeit und bessern Lohn fordernd.

In der Champagne (Frankreich) streikten 500 Bergarbeiter gegen die Verhängung von Geldstrafen wegen Ausbleibens von der Arbeit und Lohnherabsetzung fordernd.

In Chicago ist ein allgemeiner Ausstand um Lohn-erhöhung der Ziegeleiarbeiter im Gange.

Berichtliches.

Der Feldzug der Armees gegen die Sozialdemokraten wird zur Zeit noch auf dem Papiere geführt. Im Jahr 1890 wurden die Ober-Erftapmissionen angewiesen, von den ausgeübten Mannschaften diejenigen namhaft zu machen, welche 1. bereits eine gewisse Führerrolle innerhalb der sozialdemokratischen Partei eingenommen haben oder wenigstens als zielbewußte Vertreter ihrer Lehren gelten, 2. solche, welche unter sozialdemokratischem Einfluß oder in gewisser Fühlung mit der sozialdemokratischen Partei gestanden haben und nach ihrem eignen Verhalten der Sozialdemokratie angehören. Da es mit den Angaben der unter Nr. 2 genannten

